

RUNDSCHAU

Sorge um die Deutschen im Ostblock

Der Deutsche Bundestag nahm am 14. Juni 1961 einstimmig den folgenden Antrag des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten an:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei der Gestaltung der Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion besondere Aufmerksamkeit und Sorge den erheblichen menschlichen Notständen zuzuwenden, die dort für deutsche Staats- und Volkszugehörige noch immer bestehen und die im Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die Schicksale der deutschen Bevölkerungen in Osteuropa und der Sowjetunion seit 1939 dargelegt sind.“

Seit dieser Auftrag der Bundesregierung erteilt wurde, sind mehr als fünf Jahre verstrichen. Was ist inzwischen getan worden? Besserte sich die Lage der in den Ostblockländern lebenden, nicht allein ums Recht der Freizügigkeit gebrachten Deutschen? Haben sie ein deutsches Schulwesen, das ihren Fortbestand sichert? Dürfen sie sich Interessenverbände schaffen und Männer wählen, die unbehindert für sie eintreten?

Nein!

Immer noch, seit mehr als zwei Jahrzehnten, wird es sehr vielen zerrissenen deutschen Familien verwehrt, sich dort zu

vereinen, wo sie es wünschen, in Westdeutschland. Und die Zahl jener, denen man dies erlaubt, ist lächerlich klein.

Also muß, wer ein Herz hat und demokratisch empfindet, das heißt — sofern das zerschlissene Wort einen Sinn haben soll, — wer *volksverbunden* fühlt, der Bundesregierung unablässig ins Gewissen rufen, wozu sie verpflichtet wurde.

Es genügt nicht, daß Minister und Parteien den Vertriebenen bei deren Heimattagen dutzendweise tiefbeseelte Grüße schicken. Es wäre besser, sie ermahnten stattdessen bei solchen Anlässen *Presse, Rund- und Fernsehfunk*, aber auch die evangelische Kirchenführung, sich endlich so oft, so unbedingt und so laut zugunsten der Ostdeutschen einzusetzen, wie es in jedem anderen Volk geschähe, wenn es so tragisch zerspalten wäre wie wir.

Vor fünf Jahren wies der Bundestag auf die „*erheblichen menschlichen Notstände*“ der Deutschen in den Ostblockstaaten hin; niemand kann behaupten, daß sie heute nicht vorhanden wären. Es ist Zeit, daß „Aufmerksamkeit und Sorge“ des ganzen Volkes sich diesen Nöten zuwenden. Darum muß es aufgeklärt werden, auch von der Regierung, auch neuerlich vom Bundestag.

Heinrich Zillich